



# Spielplatz oder Park- platz? Entscheidungsprozesse in der Kommune



erprobt in der 5. Jahrgangsstufe an der  
Eisenhart-Grundschule Potsdam im  
Schuljahr 2009/2010

**Autorin: Romy Braun**

Lehrstuhl für Politische Bildung:  
Fachdidaktisches Praktikum  
Dr. Rosemarie Naumann

03.09.2012

**Impressum:****Herausgeber: Lehrstuhl für politische Bildung**

Veröffentlichung im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem LISUM Berlin-Brandenburg und dem Lehrstuhl für Politische Bildung an der Universität Potsdam über die Veröffentlichung von Unterrichtsplanungen und -materialien auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg. Die Autorin hat sich um die Einhaltung folgender Qualitätskriterien bemüht:

- sachliche Richtigkeit,
- Einhaltung des Beutelsbacher Konsens,
- Individualisierung und Kompetenzorientierung bei Materialien und Aufgaben,
- erfolgreiches Erproben des Materials in der Praxis unter den gegebenen Voraussetzungen,
- für Materialien, die nicht selbst erstellt wurden, liegen Copyright-Zustimmungen der jeweiligen Urheber/innen zur Verwendung innerhalb dieser Veröffentlichung vor.

**Internet:** URL: <http://www.uni-potsdam.de/politische-bildung>

**Autorin:** Romy Braun

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte einschließlich Übersetzung, Nachdruck und Vervielfältigung des Werkes sind den Autorinnen und Autoren vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des LISUM in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Eine Vervielfältigung für schulische Zwecke ist erwünscht. Das LISUM ist eine Einrichtung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS).

# Abkürzungsverzeichnis

L	Lehrer/in
S	Schüler/in
SuS	Schülerinnen und Schüler

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b><i>Einleitung</i></b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b><i>Sachanalyse: Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Kommune</i></b> .....	<b>1</b>
2.1	Kommunale Entscheidungsträger _____	1
2.2	Rechtliche Grundlagen und Aufgaben _____	2
2.3	Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung _____	3
2.4	Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde _____	3
2.5	Ausschüsse _____	4
2.6	Kommunaler Entscheidungsprozess _____	4
<b>3</b>	<b><i>Didaktisch-methodische Überlegungen</i></b> .....	<b>5</b>
3.1	Unterrichtsbedingungen _____	5
3.2	Didaktisch-methodische Begründungen _____	5
3.3	Rollenspiele als Unterrichtsmethode _____	8
<b>4</b>	<b><i>Literaturverzeichnis</i></b> .....	<b>9</b>
<b>5</b>	<b><i>Anhang</i></b> .....	<b>11</b>
5.1	Verlaufsplan _____	11
5.2	Folie: Kommunales Entscheidungssystem _____	18
5.3	Rollenkarten _____	19
5.4	Ergebnissicherung: Pro-/Kontra-Argumente _____	24

# 1 Einleitung

Hier finden Sie ein Best-Practice-Beispiel für eine Unterrichtsstunde zum Thema „Spielplatz oder Parkplatz? - Entscheidungsprozesse in der Kommune“ im Themenfeld „Demokratie in der Kommune“ für die 5. Jahrgangsstufe. Die Schülerinnen und Schüler simulieren einen kommunalpolitischen Entscheidungsprozess am Beispiel einer Ausschuss-Sitzung des Stadtparlamentes. Die Planung ist im Rahmen eines Fachdidaktischen Tagespraktikums im Schuljahr 2009/10 von Lehramtsstudierenden an der Universität Potsdam entwickelt und exzellent umgesetzt worden. Die hier dargestellte Stunde war die **fünfte** einer Unterrichtsreihe zum Themenfeld „Demokratie in der Kommune“.

1. Stunde: Meine Kommune Potsdam
2. Stunde: Ein Besuch im Rathaus – Wer entscheidet in Potsdam?
3. Stunde: Wofür ist die Kommune verantwortlich und woher kommt das Geld dafür?
4. Stunde: Wie kinderfreundlich ist Potsdam? - Kinder haben Wünsche - Vorschläge für den Bürgerhaushalt
- 5./6. Stunde: Spielplatz oder Parkplatz? - Entscheidungen in der Kommune (Rollen-spiel)**

## 2 Sachanalyse: Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Kommune

### 2.1 Kommunale Entscheidungsträger

Auf kommunaler Ebene werden drei Viertel aller durch Bund und Länder beschlossenen Gesetze ausgeführt.<sup>1</sup> Die Gemeindeordnung<sup>2</sup> des jeweiligen Bundeslandes bildet dabei den Rahmen des kommunalen Entscheidungssystems. Hier werden die entscheidenden Akteure und normative Aussagen für deren Gewichtung definiert. Der Willen der Bürgerschaft bestimmt die Verwaltung der Gemeinden, indem die Bürgerschaft durch den Bürgermeister und den Rat vertreten wird.<sup>3</sup>

Gemeindeversammlung, Rat, Bürgermeister und Bürger sind die wichtigsten Säulen des kommunalen Entscheidungssystems, wobei die kommunalen Entscheidungen keineswegs autonom sind. Das Zustandekommen und die Motivation für Entscheidungen hängen vor

---

1 Bieker, Kommunale Sozialverwaltung, München, 2006.S. 1.

2 Gesetzgebungsrecht nach Art. 70 ff. GG liegt bei den Ländern, wodurch einzelne Kommunalverfassungen unterschiedliche Bezeichnungen führen - in Brandenburg spricht man von der Gemeindeordnung.

3 Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in Deutschland, 2. überarbeitete Aufl., Wiesbaden, 2007, S. 208.

allem von der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Lage als auch von der Entscheidung anderer Ebenen der öffentlichen Verwaltung ab (horizontale und vertikale Verflechtung der Politik).<sup>4</sup>

Das kommunale Entscheidungssystem stellt dabei ein Spannungsfeld zwischen Bürger, Politik und Verwaltungsspitze dar unter der Fragestellung: Was ist wünschenswert und was ist machbar?<sup>5</sup>

## **2.2 Rechtliche Grundlagen und Aufgaben**

Der Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) garantiert eine kommunale Selbstverwaltung, welche in den demokratischen Staatsaufbau integriert ist. Die konkrete Ausgestaltung der Aufgaben, wozu Straßenbau (Verkehrswesen), Erziehung (Kindergärten, Schulen), öffentliche Sicherheit, Sozialhilfe, Bildung und Kultur, Wohnwesen, Gesundheits- und Jugendpflege als auch das Einwohnermeldewesen gehören, wird durch die jeweilige Landesverfassung und durch die von den Ländern erstellte Kommunalverfassung geregelt.<sup>6</sup>

Darüber hinaus ist die grundlegende Bedeutung von bürgerschaftlicher Mitbestimmung in der „Charta der kommunalen Selbstverwaltung“ verankert.<sup>7</sup>

Die Gemeinden verfügen zur Verwirklichung des Selbstverwaltungsrechtes über verschiedene Strukturfreiheiten. Den Kommunen wird das Recht eingeräumt, Personal selbst wählen zu können (Personalfreiheit), als auch die Verwaltungsorganisation selbst zu gestalten (Organisationshoheit). Des Weiteren wird der Kommune Planungshoheit zugesprochen. Dazu zählt, dass sie unter anderem Bauleitpläne in eigener Verantwortung aufstellen und die Kommune daher das Gemeindegebiet selbst ordnen und gestalten kann. Die Kommunen dürfen kommunales Recht setzen (Satzungshoheit), eigenständig über Einnahmen und Ausgaben bestimmen (Finanzhoheit) und Steuern erheben.<sup>8</sup>

Die Kommunen sind dennoch staatsrechtlich Teil der Länder und unterliegen somit ihrem Aufsichts- und Weisungsrecht.<sup>9</sup>

---

4 Naßmacher/Naßmacher, A. a. O., S. 209.

5 Saliterer, Kommunale Ziel- und Erfolgssteuerung, Dissertation, Wiesbaden, 2009, S. 46.

6 Bogumil/Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, 1. Aufl., Wiesbaden, 2006, S. 50.

7 Zum 1. September 1988 in Kraft getreten und von den meisten Mitgliedstaaten der EU unterzeichnet und ratifiziert. Vgl. Bieker, A. a. O., S. 31.

8 Bundeszentrale für politische Bildung, Kommunalpolitik. Information zur politischen Bildung, Heft 242, Überarbeitete Neuauflage, 2006, S. 12 ff.

9 Bogumil/Holtkamp, A. a. O., S. 50.

## **2.3 Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung**

Das Grundgesetz schreibt allen kommunalen Verfassungen eine unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl der kommunalen Vertretungen vor. Im Land Brandenburg wählen die Bürger diese gemäß § 27 Kommunalverordnung alle 5 Jahre. In den Gemeinden werden dabei Gemeindevertretungen, in den Städten Stadtverordnetenversammlungen und in den Landkreisen Kreistage gewählt.<sup>10</sup>

Die kommunale Bürgervertretung, in Potsdam wird sie als Stadtverordnetenversammlung bezeichnet, ist nach dem Wortlaut der Kommunalverfassung für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit es sich nicht um Aufgaben des Bürgermeisters handelt. Die Kommunen können unterschiedliche formale Konzeptionen haben, jedoch müssen sie die institutionelle Gewaltenteilung umsetzen.

Unterschieden wird zwischen der politischen Willensbildung durch die Bürger und der Willensausführung durch die Verwaltung. In der Stadtverordnetenversammlung sind die wichtigsten Steuerungsleistungen verankert. Prinzipien, wie der Minderheitenschutz, das Widerspruchrecht und das Mehrheitsprinzip finden hier ihren Niederschlag. Die Stadtverordnetenversammlung organisiert ihre Arbeit in Fraktionen und Ausschüssen.<sup>11</sup>

## **2.4 Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde**

Damit die Kommune in ihrer Selbstverwaltung autark bleibt, ist sie berechtigt, verschiedene Einnahmen zu tätigen. Es wird dabei zwischen Steuern, Gebühren, Beiträgen und Zuschüssen unterschieden. Zu den Steuern gehören die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, ein Anteil der Einkommenssteuer und die Vergnügungssteuer.<sup>12</sup> Durch die Einnahmen von Gebühren kann die Kommune für die Kanalisation, Marktstände, Friedhöfe, Müllabfuhr und Straßenreinigung aufkommen. Straßenbau, Beleuchtung, Bürgersteige und Kabelanschlüsse werden durch die Einnahme von Beiträgen finanziert. Durch allgemeine und besondere Zuschüsse des Bundes und der Länder kann die Kommune für Sportanlagen, Schulbauten und kulturelle Gebäude aufkommen.<sup>13</sup> Außerdem finden im Rahmen des Finanzausgleiches bei finanziellen Engpässen der Kommunen unterstützende Maßnahmen durch Bund und Länder statt.<sup>14</sup>

---

10 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Online zugegriffen am 20. Juli 2010.

11 Gewählte Stadtverordnete bilden die Fraktion. Diese wirken bei der Willensbildung und der Entscheidungsfindung in der Stadtverordnetenversammlung mit (§32 Kommunalverfassung).

12 Steuern stellen mehr als 1/3 der kommunalen Einnahmen dar. Vgl. Bogumil/Holtkamp, A. a. O., S. 53.

13 Investitionen stellen mit ca. 15% einen eher kleinen Anteil an den Ausgaben dar. Personal- und Sachaufwand bilden ca. 50% der Ausgaben, gefolgt von sozialen Ausgaben mit ca. 20%. Vgl. ebd., S. 54.

14 Bundeszentrale für politische Bildung, S. 17 ff.

## **2.5 Ausschüsse**

§43 der Kommunalverfassung regelt die Bildung von Ausschüssen. Neben der Bildung von Pflichtausschüssen (Hauptausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss) kann die Stadtverordnetenversammlung zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte ständige oder zeitweise Ausschüsse bilden, die ihre Empfehlung geben.<sup>15</sup>

In Potsdam bestehen u.a. Ausschüsse für Bildung und Sport, Finanzen, Gesundheit und Soziales, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, Stadtplanung und Bauen, ein Jugendhilfeausschuss, ein Migrantenbeirat, ein Rechnungsprüfungsausschuss, ein Ausschuss für Kultur etc.<sup>16</sup>

Diese Ausschüsse werden nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip aus den Abgeordneten der Fraktionen entsprechend ihren Sitzanteilen gebildet. Die Ausschussmitglieder sind Experten für ein bestimmtes Fachgebiet. Darüber hinaus kann die Stadtverordnetenversammlung Einwohner/innen als sachkundige Einwohner/innen zu beratenden Mitgliedern ihrer Ausschüsse berufen.<sup>17</sup>

## **2.6 Kommunalen Entscheidungsprozess**

Grundlage eines Entscheidungsprozesses ist ein Antrag, welcher aus den Reihen der Stadtverordneten als auch - über den Bürgermeister - aus der Verwaltung kommt. Der zuständige Fachbereich prüft, ob eine Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung möglich ist (Kompetenzrahmen) und weist auf ggf. mögliche Kosten der Entscheidung hin. Danach wird den Fraktionen der Antrag übergeben, welche diesen in den jeweiligen Fachausschuss überweisen. Die Ausschusssitzung findet in der Regel ohne Beitritt der Öffentlichkeit statt. Direkte Einflussmöglichkeiten der Bürger/innen ergeben sich durch die Entsendung sachkundiger Einwohner/innen. Nachdem der Ausschuss über den Antrag beraten und abgestimmt hat, wird der Vorschlag in die Stadtverordnetenversammlung gegeben.<sup>18</sup> Hier findet ebenfalls eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip statt. Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag zur Ausführung an die Verwaltung.<sup>19</sup>

---

15 Grünewald, Kommunalverfassung für das Land Brandenburg, Schwerin, 2008, S. 146.

16 Stadtverwaltung Potsdam, Online zugegriffen am 19. Juli 2010.

17 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Online zugegriffen am 20. Juli 2010.

18 Der Hauptausschuss bildet sich als wichtigster Ausschuss nach der Stellungnahme der Fachausschüsse eine Meinung.

19 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Online zugegriffen am 20. Juli 2010.



## **3 Didaktisch-methodische Überlegungen**

### **3.1 Unterrichtsbedingungen**

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler spielt für die folgende Unterrichtsmethode eher eine unterordnete Rolle. Empfehlenswert ist es, die Klasse in 5 Arbeitsteams zu teilen (Teamstärke kann dabei zwischen drei und fünf variieren; bei größeren Klassen ggf. eine weitere Gruppe bilden).<sup>20</sup>

Die einzelnen Gruppen sollten die Möglichkeit haben, an fünf verschiedenen Tischgruppen arbeiten zu können. Des Weiteren sollte in der Mitte des Klassenzimmers etwas Platz für die Bildung eines Stuhlkreises vorhanden sein. Das Klassenzimmer sollte mit einem Overhead-Projektor (OHP) und einer Tafel ausgestattet sein.

Die Schülerinnen und Schüler sollten in der Lage sein zu diskutieren und darüber hinaus Grundkenntnisse des politischen Entscheidungssystems in der Kommune besitzen (ggf. Aufbau/Vertiefung der vorherigen Unterrichtsstunde). Begriffe wie Mehrheitsprinzip, Stadtverordnetenversammlung (in Potsdam), Ausschüsse und der Aufbau des Entscheidungssystems der jeweiligen Kommune sollten daher bereits einführend behandelt worden sein.<sup>21</sup>

Die Unterrichtsmethode verlangt außerdem eine gründliche Zeitplanung, da verschiedene Elemente der Wissens- und Methodenvermittlung einbezogen werden. Aufgrund des Wechselspiels der einzelnen Phasen, Arbeitsweisen und Medien ist ein besonderer Fokus auf die Koordination der Abläufe zu legen.

Für eine erfolgreiche Gestaltung der Unterrichtsstunde muss auch die/der Lehrer/in in der Lage sein, aus der Perspektive der zugewiesenen Rolle agieren zu können.

### **3.2 Didaktisch-methodische Begründungen**

Das Rollenspiel ist eine klassische Möglichkeit, politische und soziale Probleme offen zu legen.<sup>22</sup> Die Schülerinnen und Schüler können selbstständig handlungsorientierte Arbeitsweisen erproben und Konfliktstrategien entwickeln. Das Erlernen von selbstbestimmtem demokratischem Denken ist für das Gesellschaftssystem existenziell.

Neben der spielerischen Vertiefung des Fachwissens können zwei Kompetenzen durch das Rollenspiel weiterentwickelt werden. Zum einem die Urteilskompetenz mit dem Fokus auf das Erkennen und Bewerten von politischen Zusammenhängen, zum anderen wird die

---

<sup>20</sup> Die Jahrgangsklasse 5 der Grundschule in Potsdam bestand aus 24 Schülerinnen und Schülern.

<sup>21</sup> Mehr als 50% der Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse an der unterrichteten Schule erhielten eine gymnasiale Empfehlung. Das zeigte sich u.a. in der Motivation zum Lernen. Die Schülerinnen und Schüler waren in Lage, Texte zu be- und verarbeiten als auch die jeweiligen Kernaussagen fokussiert zu erkennen.

<sup>22</sup> Vgl. Yildiz, S. 46.

politische Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler entwickelt. Durch das Rollenspiel lernen sie die politischen Akteure der „realen“ Welt kennen, indem das Entscheidungssystem in einer spielerischen Art und Weise in das Klassenzimmer geholt wird. Die Schülerinnen und Schüler lernen somit selbstständig wichtige Entscheidungsprozesse der Politik kennen und erfahren, wie sie als Bürger/innen mitbestimmen können. Darüber hinaus erkennen sie, wie ihre eigenen politischen Anliegen im Entscheidungssystem behandelt werden.

Für das Thema der Unterrichtsstunde „Spielplatz oder Parkplatz?“ eignete sich daher ein Rollenspiel sehr gut. Ein klassischer Frontalunterricht oder die Sozialform einer Gruppenarbeit wäre in diesem Fall auch möglich gewesen, jedoch wären dabei die weiter unten genannten Sozialkompetenzen nicht weiter verstärkt worden.

Ablauf des Rollenspiels in der Unterrichtsstunde:

Vorbereitung des Klassenraumes

Bei einer Aufteilung auf fünf Gruppen werden fünf Tischgruppen gebildet (Jede Gruppe sollte aus drei bis fünf Schülerinnen und Schülern bestehen). Die Tische sind mit dem Namen der jeweiligen Partei und einer Zahl von 1-5 zu versehen. In diesem Rollenspiel wurden die „Zukunftspartei“, die „Umweltschutzpartei“, die „Familienpartei“, die „Zentrale Bürgerpartei“ und die „Fortschrittspartei“ vorgegeben. Von der Benennung realer Parteien wurde hier abgesehen, um eine Instrumentalisierung von 11-jährigen Schülerinnen und Schülern zu vermeiden.

*Phasen des Spiels*

Die Durchführung eines Rollenspiels ist in drei verschiedene Phasen geteilt. In der Vorbereitungsphase werden zunächst die Rahmenbedingungen geschaffen. Hierzu gehören u.a. die Sammlung von Materialien und die Erstellung von Rollenkarten. Aus Zeitgründen oder in Abhängigkeit vom individuellen Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler können Rollenkarten auch vorgegeben werden. In der Spielphase wird das Rollenspiel „gespielt“ und in der Auswertungsphase wird das Spiel ausführlich reflektiert und inhaltlich ausgewertet.

*Ablauf des Spiels*

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit dem Themenfeld „Politik in der Kommune“. Dabei sollen sie lernen, wie und auf welchem Wege Entscheidungen in der Kommune getroffen werden. Zu Beginn der Unterrichtsstunde werden anhand einer OH-Folie der Aufbau und die Funktion des kommunalen Entscheidungssystems im Rahmen einer Wiederholung vertieft (*siehe Anlage 5.2*). Ziel ist hier die Reflexion darüber,

- dass die Bürger die Stadtverordnetenversammlung in (Potsdam) wählen,
- die aus Abgeordneten der Parteien oder Parteiloser besteht und
- diese sich zu Fraktionen zusammenschließen.

In der Erläuterung wird verdeutlicht, dass die Fraktionen Vertreter/innen in die (Fach)Ausschüsse senden, welche sich in den Ausschuss-Sitzungen über Sachverhalte be-

raten und abstimmen. An dieser Stelle sollte bereits erwähnt werden, dass die Ausschuss-Sitzung (Ausschuss für Stadtbau/Stadtplanung) Gegenstand des geplanten Rollenspiels ist.

Die Rahmenbedingungen für das Rollenspiel werden durch die/den Lehrer/in vorgegeben. In diesem Rollenspiel geht es darum, dass die Kommune (Potsdam) eine Summe von 100.000 Euro zur Verfügung hat und zwei Anträge für deren Verwendung gestellt sind: zum einen den Bau eines Spielplatzes und zum anderen den Bau eines Parkhauses zu finanzieren. Beide Anträge werden mit gleichen Kosten projiziert, um die Komplexität in der Diskussion zu reduzieren.

Die Diskussion darüber wird in einer simulierten Ausschuss-Sitzung als Rollenspiel „gespielt“ mit dem Ziel, in der Unterrichtsstunde zu einem Ergebnis zu kommen. Die Klasse wird hierfür in fünf Gruppen eingeteilt (Abzählprinzip). Die Schülerinnen und Schüler finden sich gemäß ihrer Nummer am jeweiligen Tisch ein. Die Schülerinnen und Schüler bilden die fiktiven Fraktionen. Jede Fraktion erhält ein Arbeitsblatt/eine Rollenspielkarte (*siehe Anlage 5.3*) über die Charakteristik der „eigenen“ Partei. Darauf ist auch festgehalten, ob sich die Partei für oder gegen den Bau eines Parkhauses/Spielplatzes ausspricht, unterlegt mit fünf verschiedenen Pro- und Kontra-Argumenten. Die Arbeitsgruppen lesen sich das Arbeitsblatt für ihre eigene Partei durch und diskutieren in der gegebenen Zeit darüber. Sie können sich auch weitere Argumente überlegen, je nach Leistungsstärke der Schülerinnen und Schüler. Im Anschluss wählt jede Fraktion ihre/n Experten/Expertin, die/der in den Ausschuss und die Ausschuss-Sitzung entsandt wird.

Die auserwählten Experten/Expertinnen begeben sich dann mit ihrem Stuhl und mit der eigenen Rollenkarte/dem Redezettel in die Mitte des Klassenraumes. Die Rollenkarten sind so konzipiert, dass die Mehrheit der einzelnen Parteien den Bau des Spielplatzes befürwortet. Die/der Lehrer/in „spielt“ während der Ausschuss-Diskussion die/den Sitzungsleiter/in. Wichtig ist hierbei, dass die/der Lehrer/in diese Rolle gut spielt, um die Schülerinnen und Schüler zu ermutigen und zu motivieren, sich auf das Spiel einzulassen. Beginnen könnte die Ausschuss-Sitzung mit den Worten: „Ich begrüße Sie als Abgeordnete der Parteien ganz herzlich. Mein Name ist...und ich bin die/der Sitzungsleiter/in. Auf unserer Agenda steht heute ... Herr/Frau Abgeordnete ....der .... Partei, welche Meinung haben Sie denn zu den Anträgen zum Bau eines Spielplatzes oder eines Parkhauses?“ Die „Experten/Expertinnen“ haben nunmehr die Gelegenheit, ihre Meinung anhand ihrer Stichpunkte auf den Rollenspielkarten vorzutragen. In der Phase der Diskussion lernen die Schülerinnen und Schüler zu zuhören, sich zu artikulieren und ihre Interessen zu vertreten.

Die anderen „Fraktionsmitglieder“/Schülerinnen und Schüler erhalten Beobachtungsaufgaben. Diese sollten sich auf das Mitschreiben von Argumenten beziehen, da jede Fraktion ein Teil der Stadtverordnetenversammlung ist und diese über den Sachverhalt am Ende ebenfalls abstimmen muss. Damit können sich zum einen die anderen Schülerinnen und

Schüler ebenfalls auf die Abstimmung vorbereiten, zum anderen bleibt die Konzentration und die notwendige Ruhe gewahrt. Empfehlenswert ist die Mitteilung an die Schülerinnen und Schülern, dass die Ausschuss-Sitzung in der Regel nicht öffentlich ist, aufgrund der Räumlichkeit diese Situation aber nicht geschaffen werden kann.

Die/der Sitzungsleiter/in beendet nach ca. 10 Minuten die Beratung und bittet zur Abstimmung. Die Konzeption der Rollenspielkarten lässt im Ergebnis den Bau des Spielplatzes nach dem Mehrheitsprinzip „gewinnen“. Elementar ist hier, dass die/der Lehrer/in die Abstimmung sehr genau durchführt. Es sollte erklärt werden, dass es nur eine Stimme gibt und diese für den Bau des Spielplatzes, für den Bau des Parkhauses oder als Stimmenthaltung eingesetzt werden kann. Die Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, dass die Durchsetzung von Interessen von den Machtverhältnissen (Stärke der Fraktionen/Positionen) abhängig ist.

Nach der Abstimmung des Ausschusses verkündet die/der Sitzungsleiter/in das Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung. Jetzt können die Fraktionen/alle Schülerinnen und Schüler über den Antrag abstimmen. Dabei wird auf den Fraktionszwang verzichtet.<sup>23</sup> In dieser Phase werden die Schülerinnen und Schüler aus den vorgegebenen Argumenten entlassen und sie können ihre eigene Meinung kundtun. Am Ende werden nach dem Mehrheitsprinzip die Stimmen gezählt.

Die letzten Minuten der Unterrichtsstunde sollten der Distanzierung vom Rollenspiel und einer ersten kurzen Auswertung gewidmet werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen Abstand zu ihrer Rolle bekommen und reflektieren, was ihnen gut oder weniger gut gefallen hat bzw. was ihnen gut oder weniger gut gelungen ist. Probleme, die es während des Spieles gab, sollen herausgefiltert werden. Die inhaltliche Auswertung des Rollenspiels muss in einer zweiten Stunde erfolgen. Sie wird gestützt durch die Ergebnissicherung mit Hilfe der Tabelle (Anhang 5.4), in der die Schülerinnen und Schüler die Pro-/Kontra-Argumente notieren sollten und durch die Hausaufgabe.

### **3.3 Rollenspiele als Unterrichtsmethode**

Spiele im Allgemeinen können im Unterricht verschiedene Funktionen erfüllen. Primärer Fokus liegt dabei auf dem spielerischen Erwerb von Wissen. Werden die Spiele altersgemäß und bewusst eingesetzt, so bieten sie die Möglichkeit, den Wissenserwerb zu erleichtern und die Konzentration zu fördern.<sup>24</sup>

---

23 Vom Fraktionszwang als auch vom Verhältnismäßigkeitsprinzip der Abgeordneten im Ausschuss wird im Interesse der Komplexitätsreduktion für diese Jahrgangsstufe abgesehen.

24 Perels/Schmitz/van de Loo, Training für den Unterricht - Unterricht im Training, Moderne Methoden machen Schule, Göttingen, 2007, S. 58.

Rollenspiele, als Untergruppe der Spiele im weiteren Sinne, zielen auf die Förderung von sozialen Kompetenzen ab. Insbesondere werden dabei Selbstbestimmtheit, Ausdauer sowie Konflikt- und Entscheidungsfähigkeit berücksichtigt. Aber auch die Verbesserung von Empathie, Sprach- und Kommunikationsstrukturen, Kooperationsfähigkeit als auch die Öffnung der Schülerinnen und Schüler nach außen können mit dem Instrument des Rollenspiels gestärkt werden.<sup>25</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass kommunikative und soziale Kompetenzen als hervorgehobene Aspekte innerhalb des Rollenspiels beeinflusst werden können. Die Mimik und die Sprache bilden untergeordnete Fähigkeiten der kommunikativen Kompetenz. Beim Rollenverhalten ist es vor allem die soziale Kompetenz, mit der die Rollen flexibler gestaltbar sind. Dabei werden verschiedene Rollenspieltypen unterschieden.<sup>26</sup>

Literaturempfehlungen zum Aufbau und Einsatz von Rollenspielen:

- KLIPPERT, HEINZ: Lehrerbildung. Unterrichtsentwicklung und der Aufbau neuer Routinen, Beltz Verlag, Weinheim und Basel, 2004, S. 183 ff.
- DRUMM, JULIA: Methodische Elemente des Unterrichts. Sozialformen, Aktionsformen, Medien, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen, 2007, S. 78 ff.
- Perels, Franziska/Schmitz, Bernhard/van de Loo, Kirsten: Training für den Unterricht - Unterricht im Training. Moderne Methoden machen Schule, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen, 2007, S. 58 ff.

## 4 Literaturverzeichnis

BIEKER, RUDOLP: Kommunale Sozialverwaltung, München, 2006

BOGUMIL, JÖRG /HOLTKAMP, LARS: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, Wiesbaden, 2006

BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG:

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/kommunal/akteure/gemeindevertretung.html>,  
(Abruf 20. Juli 2010)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Kommunalpolitik. Information zur politischen Bildung, Heft 242, Überarbeitete Neuauflage, 2006

GRÜNEWALD, MARKUS: Kommunalverfassung für das Land Brandenburg, Schwerin, 2008

NAßMACHER HILTRUD / NAßMACHER KARL-HEINZ: Kommunalpolitik in Deutschland, 2. überarbeitete Aufl., Wiesbaden, 2007

---

25 Stüdemann, Das Rollenspiel. Unter besonderer Berücksichtigung des Rollenspiels als erlebnisaktivierende Rollenspiel im handlungsorientierten Unterricht der politischen Bildung. Examensarbeit, Norderstedt, 2006.S. 5.

26 Rollenspieltypen u.a. als: Interaktionspiel, Spieltraining, Planspiel, Sprachspiel, gruppendynamisches Spiel, Politspiel etc. Vgl. Stüdemann, A a.O.

- PERELS, FRANZISKA / SCHMITZ, BERNHARD /VAN DE LOO, KIRSTEN: Training für den Unterricht – Unterricht im Training, Moderne Methoden machen Schule, Göttingen, 2007
- SALITERER, IRIS: Kommunale Ziel- und Erfolgssteuerung, Dissertation, Wiesbaden, 2009
- STADTVERWALTUNG POTSDAM: <http://egov.potsdam.de/bi/au010.asp>, (Abruf 19. Juli 2010)
- STÜDEMANN, MARIAN: Das Rollenspiel. Unter besonderer Berücksichtigung des Rollenspiels als erlebnisaktivierte Rollenspiel im handlungsorientierten Unterricht der politischen Bildung. Examensarbeit, Norderstedt, 2006
- YILDIZ, GARBI: Rollenspiel im handlungsorientierten Unterricht der politischen Bildung. Examensarbeit, Norderstedt, 2006

## 5 Anhang

### 5.1 Verlaufsplan

Lernfeld:	<b>Demokratie in der Kommune</b>	
Unterrichtsreihe:	Entscheidungen in der Kommune	Zeit: 45 Minuten
Thema der Unterrichtsstunde:	<b>„Spielplatz oder Parkhaus?“ - Entscheidungsprozesse in der Kommune</b>	Klasse: 5
Unterrichtsziele:	Argumentieren üben; Lernen, wie eine Ausschusssitzung verläuft; Auseinandersetzung mit dem Mehrheitsprinzip und den Machtverhältnissen im Ausschuss/in der Stadtverordnetenversammlung	

Zeit	Phase	geplantes Lehrerverhalten	erwartetes Schülerverhalten	Medien	Sozialform
5'	Einstieg/ Wiederholung	<p>Begrüßung und Herstellung des Bezuges zur letzten Stunde:</p> <p>„Wir haben gelernt, dass nicht alle Wünsche erfüllbar sind, wenn nicht genügend Geld vorhanden ist. Wir müssen Prioritäten setzen..“</p> <p>„Wir wollen heute lernen, wie in der Stadtverordnetenversammlung über Sachverhalte entschieden wird, z.B. ob ein Spielplatz oder ein Parkhaus gebaut werden soll:“</p> <p>L legt eine Folie auf und vertieft als Wiederholung den Aufbau und die Funktion der Stadtverordnetenversammlung (Fokus: Ausschuss - Inhalt des geplanten Rollenspiels).</p>	<p>Reflexion: SuS reflektieren die letzte Unterrichtsstunde Wiederholung des Aufbaus der Stadtverordnetenversammlung</p>	Folie, Anhang 5.2	Unterrichtsgespräch, frontal

Zeit	Phase	geplantes Lehrerverhalten	erwartetes Schülerverhalten	Medien	Sozialform
5'	Einführungsphase: Vorstellen der Methode des Rollenspiels, der Spielsituation und die zu verteilenden Rollen	<p>L erklärt die Struktur (Spielregeln) des Rollenspiels: Im folgenden Rollenspiel ist eine Ausschusssitzung geplant. In dieser ist darüber zu beraten und anschließend abzustimmen, ob in Potsdam ein Spielplatz oder ein Parkhaus gebaut wird. Für das Rollenspiel werden 5 Fraktionen benötigt. Jede Fraktion besteht aus 4-5 Mitgliedern (SuS), welche eine/n Experten/Expertin aus ihrer Fraktion wählen und in die Ausschusssitzung delegieren. Die Fraktion soll darüber beraten, wie das Ausschussmitglied der Partei im Namen der Partei im Ausschuss abstimmen soll. Jede/r Schüler/in bekommt die Rollenspielkarte für die jeweilige Fraktion und liest sie sich durch. Dann sollen die SuS beraten, ob die Argumente verständlich sind und ob es aus ihrer Sicht weitere gibt. Sie sollen einen „Redezettel“ schreiben, den ihr/e Experte/Expertin für die Sitzung braucht. Erst dann beraten sie darüber, wer der/die Experte/Expertin sein soll, der die Position in der Ausschusssitzung vertritt.</p>	Aktives Zuhören: SuS lernen den Ablauf und die Spielregeln für das Rollenspiel kennen.		Unterrichtsgespräch, frontal



5'	Gruppenbildung/Zusammenfinden der Gruppen	L teilt die Schüler in 5 Gruppen ein: Abzählmethode: Durchzählen von 1 bis 5. Zusammenfinden der Gruppen an den Tischen mit entsprechendem Parteinamen und zugehöriger Nummer. Jede Gruppe bildet eine Fraktion. L verteilt die einzelnen Rollenspielfkarten an die jeweiligen Fraktionen.	Mitwirkung beim Abzählen und Merken der Nummer. Zusammenfinden bei der der Nummer zugehörigen Tischgruppe. Erhalt der Rollenspielfkarte der jeweiligen Fraktion.		Gruppenarbeit
15'	Gruppenarbeitsphase zum Erlernen der Rollen	Arbeitsanweisung: Lesen der Rollenspielfkarten und Vorbereitung auf die Ausschusssitzung Erstellen eines „Redezettels“ unter Nutzung der Rollenspielfkarte (nicht Zwang, sofern Rollenspielfkarte ausreicht, können SuS diese verwenden. Jedoch ggf. Umstellung oder Umformulierung der Argumente in Abhängigkeit von Leistungsstärke) Gemeinsame Beratung in Gruppen (Fraktionen), wie der/die Experte/Expertin auftreten soll Wahl des/der Experten/Expertin in jeder Gruppe (Fraktion) Zeit: max. 15 Minuten Unterstützung und ggf. Klärung bei Fragen in der Vorbereitung des Rollenspiels.	Lesen der Rollenspielfkarten Diskussion der Argumente Erstellung des „Redezettels“ Wahl des Experten für die Ausschusssitzung	Rollenkarten/ Redezettel Anhang 5.3	Gruppenarbeit
8'	Spielphase	Vor dem Spiel: L bittet die gewählten Experten/Expertinnen in den Ausschuss in die Mitte des Raumes.	Die Experten/Expertinnen begeben sich mit ihren Stühlen in die Mitte des		Podiumsdiskussion/ frontal

		<p>Gruppen (Fraktionen) erhalten Beobachtungsaufgabe: Auf einem Blatt/im Heft sollen die Schüler eine Tabelle mit 2 Spalten anlegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Spalte 1: Argumente für den Spielplatz</li> <li>- Spalte 2: Argumente für das Parkhaus</li> </ul> <p>SuS in den Fraktionen (alle bis auf Experten) sollen während der Ausschuss-Sitzung Argumente sammeln und in die Tabelle eintragen. (Ziel ist die Sicherung der Konzentration und der Ruhe während Spielphase)</p> <p>L übernimmt die Rolle der/des Ausschussleiters/in und eröffnet die Ausschuss-Sitzung und begrüßt die „Abgeordneten“. L weist darauf hin, dass die Ausschuss-Sitzung in der Wirklichkeit eine geschlossene Sitzung ist. Es können sachkundige Einwohner/innen teilnehmen, welche als beratende Gäste geladen sind. In der Realität ist das Plenum (Stadtverordnetenversammlung) nicht bei der Ausschuss-Sitzung anwesend ist. L leitet die Sitzung, erteilt den einzelnen SuS in der Rolle der Experten/Expertinnen ihrer Fraktionen das Rederecht. Pro-/Kontra- Argumente über den Bau eines Spielplatzes/Parkhaus-</p>	<p>Klassenraumes.</p> <p>Mitschrift von Pro-/ Kontra-Argumenten in den einzelnen Fraktionen.</p> <p>Die Experten/ Expertinnen spielen eine Ausschusssitzung gemäß Anweisung.</p>		
--	--	---	--	--	--

		<p>ses werden anhand der Rollen- karte ausgetauscht. Dann leitet L als Ausschuss- Sitzungsleiterin die Abstimmung ein. Aufgrund der Rollenspielkar- ten sollte eine Entscheidung mit 3:2 Stimmen für den Bau des Spielplatzes erfolgen. Die Sit- zungsleiterin erklärt, dass das Ergebnis nun als Vorschlag an die Stadtverordnetenversamm- lung geht und beendet die Aus- schuss-Sitzung. L leitet eine weitere Abstim- mungsrunde ein. Sie/er erklärt, dass sich alle vorstellen sollen, in der Stadtverordnetenversamm- lung zu sitzen und über die Ent- scheidungsfrage abstimmen zu müssen. Sie/er stellt das Ab- stimmungsergebnis des Aus- schusses in der Stadtverordne- tenversammlung vor. Sie/er emp- fiehl den Stadtverordneten, für den Spielplatz zu stimmen. Nun wird im Plenum über den Vor- schlag abgestimmt, wobei die Abstimmung zur Vereinfachung nach dem einfachen Mehrheits- prinzip durchgeführt wird. Die SuS sollen jetzt so entscheiden, wie ihre persönliche Meinung ist. Ergebnis verkünden! Spiel ist zu Ende.</p>	<p>Abstimmung der Exper- ten/Expertinnen in der Aus- schuss-Sitzung.</p> <p>Abstimmung aller SuS im Plenum.</p>		
--	--	---	---	--	--

5'	Spieldauswertung/ Rollendistanz herstellen	<p>SuS wurden in die Expertenrolle „gedrängt“, darum ist das „Herauslassen“ aus dieser Rolle wichtig, verbunden mit der Vernetzung zu der eigenen Meinung. „Wie hat euch das Spiel gefallen?“</p> <p>Frage an die Experten/Expertinnen: „Wie haben sich die Experten in ihren Rollen gefühlt?“</p> <p>Fragen an die Mitglieder der Fraktionen: „Wie haben die anderen das Spiel erlebt?“ „Haben die Experten ihre Rollen gut vertreten?“</p> <p>Frage an alle (gesamte Klasse): „Wir haben gespielt. Und wie sieht es in der Wirklichkeit aus? Was vermutet ihr?“ In der nächsten Stunde wollen wir uns weiter damit beschäftigen, wie in der Stadtverordnetenversammlung entschieden wird. Wir wollen uns über die Argumente unterhalten, die genannt wurden.</p>	Während der Auswertungsphase sollen die SuS üben, Abläufe zu reflektieren, nachzuvollziehen und Probleme zu erkennen.	Tabelle Pro-/Kontra-Argumente Anhang 5.4	Unterrichtsgespräch, frontal
2'	Ausstieg Hausaufgabe/Vorbereitung inhaltliche Auswertung des Spiels	<p>Folgende Hausaufgabe könnte man geben: „Überlegt euch bitte zum nächsten Mal, wie ihr persönlich entschieden hättet. Wofür wärt ihr gewesen und warum? Schreibt zwei Argumente auf.“</p>			

Inhaltliche Spielauswertung in der folgenden Stunde: In der folgenden Stunde müsste nochmals mit dem Spiel eingestiegen werden. Kurze Spielbeschreibung, vielleicht durch eine/n Schüler/in:

Worüber wurde entschieden?

Wie wurde entschieden?

Tabelle mit den Argumenten analysieren lassen.

Warum wurde so entschieden? Gründe: Tabelle mit den Argumenten analysieren lassen.

A) Argumente

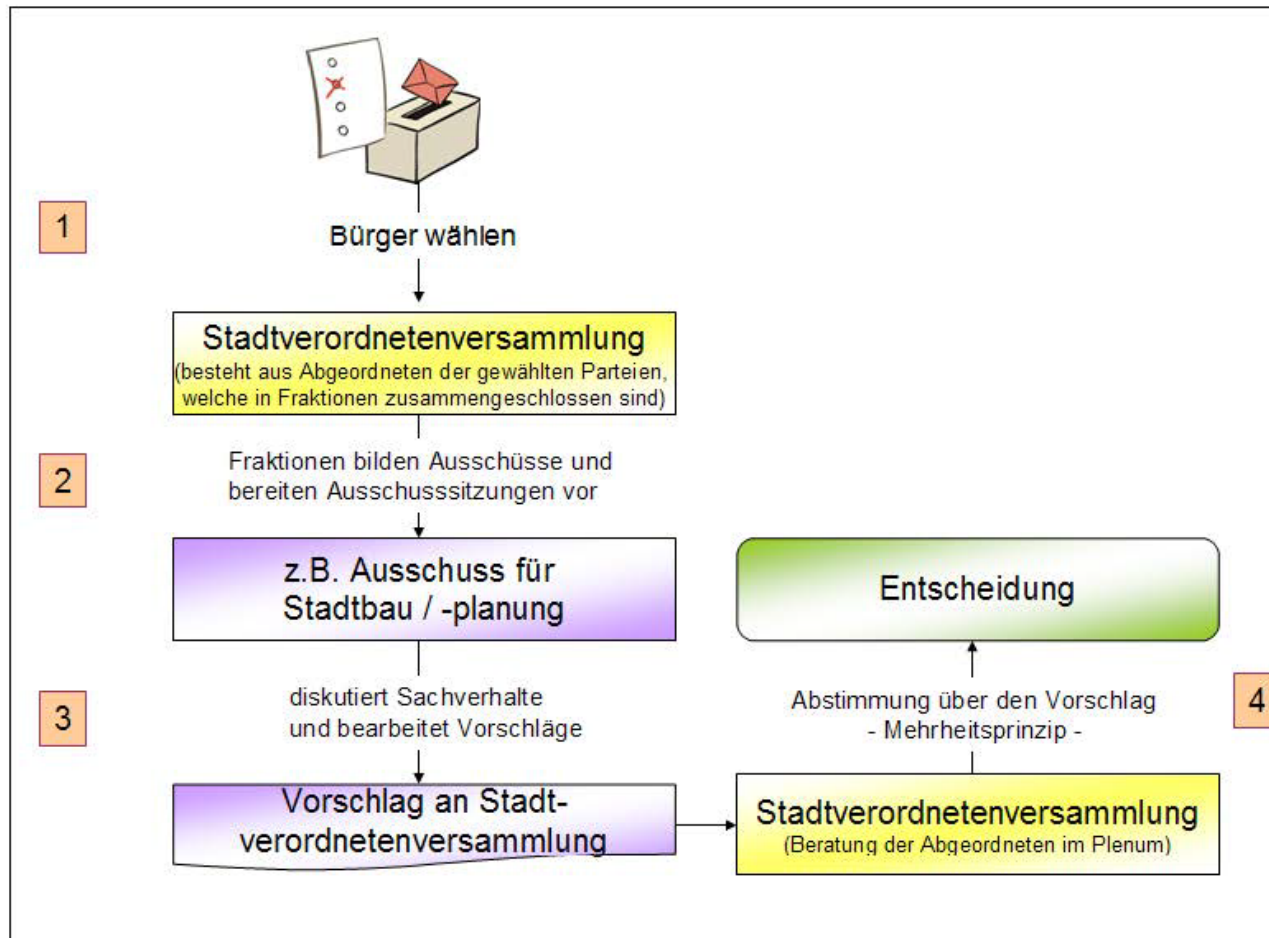
B) Abstimmungsverhältnis im Ausschuss: Mehrheit gegen Minderheit, legitime Interessen der Minderheit

C) Abstimmung der Klasse – Wie würden Schüler/innen entscheiden und warum? Kontrolle der Hausaufgabe

Für diese Phase müssten nochmals 15 - 20 Minuten eingeplant werden.

## 5.2 Folie: Kommunales Entscheidungssystem

### Folie: Kommunales Entscheidungssystem



## 5.3 Rollenkarten

### Rollenspielkarte

#### Fraktion „Familienpartei“ (FP)

#### - Für den Bau des Spielplatzes -

**Parteiinteresse:** Die FP setzt sich für das Wohl von Familien ein. Ihr Ziel ist es, dass die Interessen von Familien, insbesondere in der Stadtentwicklung, stärker berücksichtigt werden. Ihre Wähler sind daher mehrheitlich Bürger mit Familie.

**Deine Rolle als Ausschussmitglied der FP:**

Im Interesse deiner Partei setzt du dich für die Belange der Familien in deiner Gemeinde ein. In den Gesprächen mit Müttern und Vätern wurde oft geklagt, dass es für die Kinder kaum Spielmöglichkeiten gibt. Der geplante Spielplatz ist daher ein wichtiges Projekt für deine Wähler und dich, weshalb du den Bau des Spielplatzes befürwortest.

Für deine Argumentation im Ausschuss hast du dich intensiv vorbereitet und dir folgende Argumente überlegt:

Argumente FÜR den Spielplatz	Argumente GEGEN das Parkhaus
Der Spielplatz sichert langfristig die Attraktivität der Gemeinde für Familien mit Kindern.	Das Parkhaus stellt eine Gefahr für Radfahrer und Fußgänger dar, da mehr Autos in dem Gebiet erwartet werden.
Der Spielplatz erhöht die Sicherheit der Kinder, da diese sonst auf der Straße spielen würden.	Der Bau eines Parkhauses führt zu verstärkter Luftverschmutzung, da mehr Autos in dem Gebiet erwartet werden.
Die optische Erscheinung des Spielplatzes ist aufgrund der Bäume und des Grüns ansprechender als die des Parkhauses (Betonklotz).	Senioren fühlen sich von zunehmendem Verkehr / durch mehr Autos gestört.
Der Spielplatz verbessert die Freizeitmöglichkeiten der Kinder.	

**Aufgabe:** In dem „Ausschuss für Stadtplanung und Bau“ nimmst du heute als Ausschussmitglied deiner Fraktion an der Beratung teil. Lies dir die oben aufgeführten Argumente gut durch und bringe diese in der Ausschusssitzung ein. **Wichtig ist, dass du den Bau des Spielplatzes unterstützt.**

## Fraktion „Fortschrittspartei“ (FSP)

### - Für den Bau des Parkhauses -

**Parteiinteresse:** Die FSP möchte Veränderungen in Deutschland und sieht besonderen Bedarf bei der Stärkung der Wirtschaft. Dabei nimmt sie in Kauf, dass bei sozialen Projekten in der Politik gespart wird. Ihre Wähler sind hauptsächlich gut verdienende Bürger ohne Kinder.

**Deine Rolle als Ausschussmitglied der FSP:**

Im Interesse deiner Partei setzt du dich schon seit langem für die Erweiterung eines Kaufhauses ein, da dieses deine Partei im Wahlkampf unterstützt hat. Du bist davon überzeugt, dass durch den Kaufhausbau mehr Geld in die Gemeindekasse kommt. Doch dafür braucht man mehr Parkmöglichkeiten – weshalb du den Bau des Parkhauses befürwortest.

Für deine Argumentation im Ausschuss hast du dich intensiv vorbereitet und dir folgende Argumente überlegt:

Argumente FÜR das Parkhaus	Argumente GEGEN den Spielplatz
In der Innenstadt gibt es kaum Parkplätze und durch den Bau eines Parkhauses verbessert sich die Parkplatzsituation.	Es gibt keine Einnahmen für die Gemeinde, da ein Spielplatz kein Geld einbringt.
Der Bau eines Parkhauses hilft dem angrenzenden Kaufhaus, indem mehr Kunden kommen. Diese geben mehr Geld beim Einkaufen, Essen und Trinken aus, was wichtige Arbeitsplätze in der Region schafft.	Der Spielplatz kostet nur Geld – denn er muss ständig gereinigt und erneuert werden.
Der Tourismus wird gefördert, da es für Touristen einfacher wird, einen Parkplatz zu finden.	Durch das Kindergeschrei könnten sich Anwohner beschweren, wenn es ihnen zu laut ist.
Die Gemeinde verdient durch die Parkhausgebühren Geld.	

**Aufgabe:** Im „Ausschuss für Stadtplanung und Bau“ nimmst du heute als Ausschussmitglied deiner Fraktion an der Beratung teil. Lies dir die oben aufgeführten Argumente gut durch und bringe diese in der Ausschusssitzung ein. **Wichtig ist, dass du den Bau des Parkhauses unterstützt.**



**Rollenspielkarte**

**Fraktion „Umweltschutzpartei“ (USP)**

*- Für den Bau des Spielplatzes -*

**Parteiinteresse:** Die USP setzt sich für die Umwelt ein. Ihr Ziel ist es, ökologische Aspekte in der Politik stärker zu berücksichtigen. Ihre Wähler finden sich in allen Bevölkerungsgruppen.

**Deine Rolle als Ausschussmitglied der USP:**

Im Interesse deiner Partei setzt du dich schon seit langem für die ökologische Entwicklung der Gemeinde ein. Der geplante Spielplatz mit Bäumen und Biotop entspricht dabei ganz deinen umweltpolitischen Vorstellungen, weshalb du den Bau des Spielplatzes befürwortest.

Für deine Argumentation im Ausschuss hast du dich intensiv vorbereitet und dir folgende Argumente überlegt:

Argumente FÜR den Spielplatz	Argumente GEGEN das Parkhaus
Die auf dem Spielplatz zu pflanzenden Bäume verbessern die Luftqualität in dem Gebiet.	Autos sind nicht mehr zeitgemäß, der Öffentliche Nahverkehr ist gut erschlossen und befördert die Bürger sicher und schnell von A nach B.
Die Schaffung eines Biotops fördert naturwissenschaftliche Erkenntnisse durch eigenes Lernen und Erleben.	Ein Parkhaus spiegelt nicht die geplante Entwicklung der Gemeinde wider, welche sich mehr in Richtung Natur und Umweltschutz entwickeln möchte.
Kinder haben die Möglichkeit, an der frischen Luft zu sein, anstelle vor dem Fernseher zu sitzen.	Eine stärkere Lärmbelastung wird erwartet, wenn die Autos in das Parkhaus fahren.
Senioren in der Gemeinde befürworten den Spielplatz, da er Kindern die Möglichkeit der spielerischen Entfaltung ermöglicht.	

**Aufgabe:** Im „Ausschuss für Stadtplanung und Bau“ nimmst du heute als Ausschussmitglied deiner Fraktion an der Beratung teil. Lies dir die oben aufgeführten Argumente gut durch und bringe diese in der Ausschusssitzung ein. **Wichtig ist, dass du den Bau des Spielplatzes unterstützt.**

**Rollenspielkarte**

**Fraktion „Zentrale Bürgerpartei“ (ZBP)**

*- Für den Bau des Spielplatzes -*

**Parteiinteresse:** Die ZBP sieht sich als Gegengewicht zu den großen Volksparteien, indem sie die sozialen Interessen der Bürger in der Gemeinde vertritt. Deshalb wird sie vorwiegend von Familien als auch von Senioren gewählt.

**Deine Rolle als Ausschussmitglied der ZBP:**

Eines der großen Anliegen deiner Partei ist es, die Bedürfnisse der Bürger in deiner Gemeinde zu berücksichtigen. Dir ist dabei natürlich aufgefallen, dass in den letzten Jahren immer mehr Familien mit Kindern in die Gemeinde gezogen sind. Um diesen Trend auch in der städtebaulichen Veränderung zu berücksichtigen, unterstützt du mit allen Mitteln den Bau des Spielplatzes.

Für deine Argumentation im Ausschuss hast du dich intensiv vorbereitet und dir folgende Argumente überlegt:

Argumente FÜR den Spielplatz	Argumente GEGEN das Parkhaus
In den letzten Jahren zogen vermehrt Familien mit Kindern in die Gemeinde, daher reicht der eine Spielplatz für das Gebiet nicht mehr aus.	Ein Parkhaus unterstützt nur die Anschaffung weiterer Autos.
Verbessert die Freizeitmöglichkeiten der Kinder.	Senioren fühlen sich von dem zunehmenden Verkehr / mehr Autos gestört.
Der Spielplatz schließt eine Skateboard-Rampe ein, dadurch wird die Sicherheit der Skateboard-Fahrer gefördert.	Die Betriebskosten des Parkhauses sind deutlich höher als die des Spielplatzes.
Der Spielplatz fördert die soziale Integration und Vernetzung der Kinder als auch der Eltern.	

**Aufgabe:** In dem „Ausschuss für Stadtplanung und Bau“ nimmst du heute als Ausschussmitglied deiner Fraktion an der Beratung teil. Lies dir die oben aufgeführten Argumente gut durch und bringe diese in der Ausschusssitzung ein. **Wichtig ist, dass du den Bau des Spielplatzes unterstützt.**

**Rollenspielkarte**

**Fraktion „Zukunftspartei“ (ZP)**

**- Für den Bau des Parkhauses -**

**Parteiinteresse:** Die ZP vertritt die Interessen von Bürgern mit hohem Einkommen. Ihr Ziel ist es, dass insbesondere Rechtsanwälte, Ärzte und Finanzdienstleister unterstützt werden.

**Deine Rolle als Ausschussmitglied der ZP:**

Im Interesse deiner Partei findest du den Bau des Parkhauses sehr wichtig. Schließlich gibt es in der Umgebung viele Anwälte, Ärzte und Banker, die sich bei dir in der Bürgersprechstunde deiner Fraktion oft über die schlechte Parkplatzsituation beschwert haben. Du möchtest dich daher für ihre Interessen stärker einsetzen und unterstützt den Bau des Parkhauses.

Für deine Argumentation im Ausschuss hast du dich intensiv vorbereitet und dir folgende Argumente überlegt:

Argumente FÜR das Parkhaus	Argumente GEGEN den Spielplatz
Anwälte, Finanzdienstleister und Ärzte haben sich bereits oft über die Parkplatzsituation beschwert. Ein Bau des Parkhauses würde ihnen mehr Kunden bringen und sie können damit mehr Geld verdienen.	Der Spielplatz wird vielleicht gar nicht von Kindern genutzt, sondern nur von Hundebesitzern und Jugendgangs, welche den Spielplatz verschmutzen.
Durch das Parkhaus werden Arbeitsplätze geschaffen, z.B. Parkhauswächter.	Der Spielplatz könnte Jugendgangs anziehen und damit auch die Gefahr von Drogen und Gewalt erhöhen.
Die Autos der Anwohner sind im Parkhaus besser geschützt als auf der Straße.	Die Kinder können ja mit dem Fahrrad 10 Minuten zum Stadtpark fahren, um dort zu spielen.
Die Straßen sehen schöner aus, da nicht so viele Autos auf der Straße parken.	

**Aufgabe:** In dem „Ausschuss für Stadtplanung und Bau“ nimmst du heute als Ausschussmitglied deiner Fraktion an der Beratung teil. Lies dir die oben aufgeführten Argumente gut durch und bringe diese in der Ausschusssitzung ein. **Wichtig ist, dass du den Bau des Parkhauses unterstützt.**

## 5.4 Ergebnissicherung: Pro-/Kontra-Argumente

Unterrichtsplanung: Spielplatz oder Parkplatz? – Entscheidungsprozesse in der Kommune Romy Braun

### Vorlage für das Mitschreiben während Ausschuss-Sitzung: Spielplatz oder Parkplatz?

Schreibe dir stichpunktartig die wichtigsten Argumente mit, die für den Bau des Spielplatzes bzw. für den Bau des Parkplatzes genannt werden.

Argumente für den Spielplatz	Argumente für das Parkhaus

Ergebnissicherung/Lösungsblatt

<b>Argumente für den Spielplatz</b>	<b>Argumente für das Parkhaus</b>
Attraktivität der Gemeinde für Familien mit Kindern	Lärmende Kinder und Jugendliche
Sicherheit der Kinder	Ständige Kosten durch den Spielplatz, weil er gepflegt werden muss
Grün im Stadtzentrum, bessere Luft, mehr Umweltschutz	Tourismus wird gefördert
Bessere Freizeitmöglichkeiten der Kinder, Spielen im Freien	Spielplatz wird gar nicht von Kindern genutzt, sondern von Jugendlichen und Hundebesitzern fehlende Sauberkeit, Zerstörungen
Mehr Autos durch das Parkhaus: Gefahr für Fußgänger, Luftverschmutzung	Bessere Parkplatzsituation in der Innenstadt - mehr Kunden für die Geschäfte, Gaststätten und Banken
Treffpunkt von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Senioren	Geldquelle durch Parkplatzgebühren
Guter öffentlicher Nahverkehr	Die Stadt hat schon viele Parks und Spielplätze
Parkhaus kostet auch Geld, denn es muss unterhalten und gewartet werden	Autos kommen von der Straße, mehr Sicherheit und Attraktivität der Innenstadt
	Mehr Arbeitsplätze